

Der Krieg und die deutsche Politik

Michael Hennes, geb. 1965 in Köln, Studium der Politischen Wissenschaften, Philosophie, Japanologie und Volkswirtschaftslehre in Köln und Bonn, ist freier Journalist. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Außen- und Sicherheitspolitik, zuletzt: „Jenseits von Europa: Ist die NATO eine Schicksalsgemeinschaft?“, in: Europäische Sicherheit 12/92.

„Was von der Abschreckung bleibt“, wollte der Historiker und zeitweilige Kanzlerberater Michael Stürmer in einem Leitartikel erklären: „Vierzig Jahre lang vermochte die Abschreckungskraft des Westens die mächtigste Kriegsmaschine der Geschichte in Schach zu halten. Jetzt reicht es nicht einmal dazu, mindere Armeen und irreguläre Räuberformationen zur Räson zu bringen.“¹

Mit der Ära des Kalten Kriegs, so lautet die Sturmrede der Konservativen,² endet die Zeit der Abschreckung und damit des Friedens. Neue Risiken, mitten in Europa und geeignet, auf die Inseln des Wohlstands überzuspringen,³ erheben ihr häßliches Haupt. „Wir erleben den Anfang eines Zeitalters, in dem, leider Gottes, Reden und Mehrheitsbeschlüsse wenig bewirken, Eisen und Blut aber viel - sofern nicht eine neue Abschreckungsmacht entsteht.“⁴ Der zentrale Mythos konservativer Außenpolitik kehrt zurück: Letzten Endes könne es nur militärische Macht sein, die Ordnung in die Anarchie der Staatenwelt trägt. Blut und Eisen!

Der Schutt der Abschreckungsära

Doch die Fernsehbilder aus Bosnien, Somalia oder Zaire zeigen gerade die Erblasten der Abschreckungspolitik. All das ist nicht wirklich neu. Der Ost-West-Konflikt hatte seit 1945 alle Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Es schmerzte kaum, daß sich unterhalb der Stabilität der Abschreckung weit über 150 Kriege mit insgesamt mehr Opfern als im Ersten Weltkrieg ereigneten. Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus und mit der fortschreitenden Verelendung der Dritten Welt hat nun in den neunziger Jahren die Eskalation dieser „regionalen Konflikte“ begonnen. Es ist nicht zuletzt eine Folge der Abschreckungsära, daß die Welt bis heute keine adäquaten Mittel entwickeln konnte, um derartige Konflikte einzudämmen und zu befrieden. Erst jetzt geraten sie wirklich in das Blickfeld der Weltpolitik, und die zivilisierte Welt konstatiert folgerichtig ihre Ohnmacht. Die „Friedensdividende“ muß in eine globale Sicherheitspolitik reinvestiert werden, damit die Versäumnisse der Vergangenheit ausgeglichen werden können.

1 M. Stürmer, Was von der Abschreckung bleibt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 3. 2. 93.

2 Etwa W. Schäuble, Interview in: Der Spiegel 4/93, S. 21.

3 Ebd.; H. Kohl, Rede auf der 30. Konferenz für Sicherheitspolitik in München, 6. 2. 93. Dok. in: Bulletin 13/93, S. 105.

4 Wie Anm. 1.

In dieser Not erhebt sich in blindem Reflex der Ruf nach einer neuen Abschreckungsmacht, nach einer neuen Politik der Stärke, mit neuer Rollenverteilung. „Die Abschreckung im nuklearen Zeitalter lag wesentlich in den Händen der Amerikaner. Die Abschreckung neuer Art wird nicht von den Amerikanern administriert werden, da sie zu Hause nach dem Rechten schauen wollen. Europa wird auf die Probe gestellt: am meisten jenseits seiner Grenzen.“⁵ Europa selbst soll den Chef im Ring spielen, und als Nummer 1 in Europa empfehlen sich die Deutschen. Deutsche Außenpolitik hat 1991 die EG zur Anerkennung von Kroatien und Slowenien gedrängt, immer lauter militärisches Eingreifen und eine Aufhebung des UNO-Waffenembargos zugunsten der Bosnier gefordert. In merkwürdigem Gegensatz zu den inneren Problemen der Rezession, des Aufbaus im Osten und der aufflammenden Ausländerfeindlichkeit demonstriert Bonn auf der internationalen Bühne ein völlig neues Selbstbewußtsein.

Die Jahre der Selbstbeschränkung sind gezählt. „Es kann doch nicht richtig sein, daß die wirtschaftlich bedeutendste Kraft und auch das bevölkerungsmäßig größte Land in Europa eine in vielem eingeschränkte Außenpolitik machen muß“, empörte sich im September 1992 Bundesaußenminister Klaus Kinkel.⁶ Wenige Tage zuvor hatte er den deutschen Anspruch auf einen Ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat erhoben, wenn es zu einer Reform der UNO kommen sollte. Alle Pflichten der UNO-Charta, auch die militärischen, seien zu übernehmen.

Vordergründig reagieren die Schüler der Machtpolitik auf „neue“ Krisen in der Welt. Das Völkerschlachten auf dem Boden des ehemaligen Jugoslawien, die kalt grinsende Kriegsdiplomatie der Großserben Radovan Karadzic und Slobodan Milosevic, das Eröffnen einer zweiten Front durch Kroatien, das Banditentum in Somalia, Mosambik, Zaire und Dutzenden anderen Stätten der Welt beweisen, daß der Krieg ein Mittel der Politik bleibt. Jede Außenpolitik, die auf eine glaubwürdige militärische Gegendrohung verzichtet, läßt den Aggressoren freie Hand und führt zu Flächenbränden, die im Laufe der Zeit immer schwerer zu löschen sind. Diese Einsichten sind alt und in der Tat unabweisbar. Sie haben die Menschheit immer wieder mit roher Gewalt aus ihrem Traum vom ewigen Frieden gerissen.

Nicht nur die Außenpolitiker rufen ständig lauter nach militärischer Intervention. Offenbar haben die Kriegsbilder aus Sarajevo und von anderswo auch die deutsche Bevölkerung zu einem Bewußtseinswandel bewegt. Allenorts ist zu hören, daß die Bereitschaft zu militärischem Eingreifen gewachsen sei.⁷ Erstmals seit 1945 verabschiedet sich der Pazifismus aus der politischen Kultur unseres Landes. Der Schutt der Abschreckungsära soll durch Inter-

5 Ebd.

6 Interview in: Der Spiegel 40/92, S. 33.

7 Vgl. INFAS-Umfragen vom Februar 1991 bis November 1992. Dok. in: Fernseh- und Hörfunkspiegel Inland I, Nr. 233/92, S. 9; Allensbach-Umfrage vom Januar 1993, nach R. Köcher, Breite Mehrheit für Blauhelm-Einsätze deutscher Soldaten, FAZ 11. 2. 93.

ventionen beseitigt werden. Hat diese Mentalität in Demokratien mit kolonialer Vergangenheit wie USA, Frankreich oder Großbritannien, Tradition, muß sie in Deutschland überraschen.

Fragmente einer globalen Sicherheitspolitik

Es liegt in den Versäumnissen des Kalten Kriegs begründet, daß „die Abschreckungskraft des Westens“ (Stürmer) ohnmächtig vor der Tragödie am Balkan steht. Gebeugt von der Erblast des Ost-West-Konflikts, zerbröckelt der Zivilmacht Deutschland ihre Rechtfertigung für die traditionelle Zurückhaltung im Kampf gegen die bitteren Realitäten der Weltpolitik. Die bequeme Nische einer Handelsnation, die im Abschreckungsfrieden zwischen Ost und West zu Reichtum gelangte, kann nicht länger bewohnt werden. Bonns Selbstbeschränkung, die aus der Diskreditierung alles Militärischen in der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs resultierte, mußte aufgegeben werden. Die Landesverteidigung reicht nicht mehr. Fortan, so lautet die Schlußfolgerung, sollen die Marschstiefel wieder geschnürt werden. Doch es hegen Minen im Gelände.

Eine militärische Intervention des Westens auf dem Balkan wäre heute nur noch mit einem außerordentlichen Aufwand an Opfern und Ressourcen zu bestreiten. 400 000 Mann oder mehr müßten in einer völlig undurchsichtigen Gefechtslage eine in Größe und Identität unbekanntes Soldateska entwaffnen und sich dabei unentwegt zur Zielscheibe von mittlerweile kämpf- und geländeerfahrenen Heckenschützen machen. Was den Amerikanern bei der in allen Köpfen spukenden „Operation Desert Storm“ ihre Überlegenheit und Unverwundbarkeit gegenüber dem Irak eintrug, waren die moderne Technologie und ein in Stellungen und Ausrüstung genauestens ausspionierter Feind. Schießkriege wie auf dem Balkan oder in Somalia gehorchen anderen Gesetzen als der Stellungskrieg in der arabischen Wüste. Der Westen müßte seine Soldaten auf dem Balkan mitten ins gegnerische Feuer schicken.

Krieg gegen eine tausendköpfige Guerilla, das hat nicht nur Vietnam gezeigt, führt dazu, daß durch die unschuldige Zivilbevölkerung hindurchgeschossen wird. Und der „Sieg“ bleibt meist versagt. Die offene Intervention ist ein Extremfall der Außenpolitik. Wer die Waffen in einer Einmischung von außen sprechen läßt, muß Blauhelme, das Rote Kreuz und die Diplomaten abziehen. Eine solche Eskalation können nur die klare Erwartung des Sieges und die Aussicht auf einen stabilen Waffenstillstand rechtfertigen. Auf dem Balkan wäre beides höchst unsicher.

Der Westen ist dennoch nicht völlig machtlos. Gegen manche kriegerische Rhetorik aus Bonn unterstützte Außenminister Kinkel bei seinem Washington-Besuch im Februar 1993 und bei den vorangehenden Beratungen der EG-Außenminister ein diplomatisches Vorgehen. „Das, was im Augenblick abläuft, ist letztlich alternativlos, weil alle, die es tatsächlich und rechtlich können, ganz offensichtlich zu Recht Sorge und Angst vor militärischen Inter-

ventionen im früheren Jugoslawien haben (...) Wir müssen ja bei allem, was als Alternative in Frage kommt, uns sehr genau überlegen, ob nicht die Zahl der Opfer bei der Zivilbevölkerung bei militärischem Eingreifen, egal welcher Art, doch weit höher wäre."⁸

Im ehemaligen Jugoslawien wurde der richtige Zeitpunkt verpaßt. Somalia hingegen kann als Beispiel erfolgreicherem Vorgehens gelten. Der Einsatz einer 20 000 Mann starken Friedenstruppe der USA hat die Bandenkriege in dem schwarzafrikanischen Land deutlich beruhigt. Die Aufstellung einer multinationalen Blauhelmtruppe gleichen Umfangs wird sich jetzt auf einen langen Friedensprozeß mit möglichen Rückschlägen einrichten müssen. „Friedensschaffung“ in regionalen Konflikten kann nur in seltenen Fällen über die kriegerische Extremlösung der Eingreiftruppen erreicht werden. Als Voraussetzung dauerhaften Friedens muß der Konsens mit den politischen Autoritäten vor Ort gesucht werden. Hierzu bedarf es unter anderem militärischen Drucks, zu dem heute alleine die USA bzw. die NATO fähig sind. Nur sie können schnell, massiv und weltweit respektiert eingreifen. Interventionsgruppen sind ein Drohpotential, das nur für den Extremfall bereitstehen darf.

Solange nicht - wie in der arabischen Wüste - die Situation eines Stellungskrieges besteht, wird die landläufige Trennung zwischen „Blauhelmen“ und „Eingreiftruppen“ bzw. „Peace-Keeping“ und „Friedensschaffung“ künstlich bleiben. Konflikte wie im früheren Jugoslawien, in Somalia oder in Kambodscha können nicht durch Luftbombardements und Bodenangriffe gelöst werden, wenn man nicht die Politik der verbrannten Erde betreiben will. In Vietnam hat bekanntlich nicht einmal diese Strategie genutzt. Eine globale Sicherheitspolitik, die sich der regionalen Konflikte annimmt, muß auf die Bereitstellung von Friedenstruppen aufbauen.

Im Ernstfall müssen die Friedenstruppen zu einer übermächtigen Eskalation befähigt sein, aus Gründen des Selbstschutzes und zur Abkühlung des Mutes örtlicher Machtpolitiker und Revolverhelden. Bislang sind zu einem derart kohärenten Konzept allein die USA in der Lage. Zukünftig könnte es vom Weltsicherheitsrat betrieben werden, wobei er sich vor allem der NATO mit ihrer einzigartigen Aufklärungstechnologie, Angriffskraft und Infrastruktur als schlagkräftigem Instrument bedienen müßte. Hat sich eine derartige Strategie in jahrelanger diplomatischer und militärischer Übung eingespielt, wird sie weltweit die nötige Autorität ausstrahlen. Erst dann kann der Schutt der Abschreckungsära völlig beseitigt werden. Auch die Abschreckung der Sowjetunion durchlief von Berlin 1948 bis zu Kuba 1962 eine Reihe von Krisen, bis sie ab Mitte der sechziger Jahre Stabilität gewährleisten konnte.

Das unverstandene Erbe der Zivilmacht

„Während des Wahlkampfs sagte Präsident Clinton, daß er sich die Hinzufügung von Deutschland und Japan zu den Ständigen Mitgliedern (des UNO-

⁸ Interview mit dem Deutschlandfunk, 2. 2. 93. Dok. in: Fernseh- und Hörfunkspiegel Inland I, Nr. 22/93, S. 1.

Sicherheitsrates) vorstellen könnte", verkündete der frischgebackene US-Außenminister Warren Christopher im Januar 1993.⁹ Da ging Bundeskanzler Helmut Kohl in die Offensive. Auf dem Parteitag der hessischen CDU belehrte er seine Landsleute, daß, wenn sie fortan ihre Verantwortung für die Geschicke der Welt nicht übernehmen würden, sie in die „Rolle eines Krämers, der sich mit Geld freikauf", gerieten. Noch 1993 könne man sich vor die Frage der Ständigen Mitgliedschaft im Weltsicherheitsrat gestellt sehen.¹⁰ Bonn will dann zu einer weltweiten Beteiligung an militärischen Einsätzen bereit sein.

Die deutsche Vereinigung des Jahres 1990 hatte demgegenüber als eine Zeitenwende ganz anderer Art gegolten. Nach einer weit verbreiteten Überzeugung gehörte die alte Epoche der „Machtstaaten" der Vergangenheit an, war mit Deutschland und Japan das außenpolitische Modell eines „Handelsstaates" zum Erfolgskonzept der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg emporgestiegen. Über Jahrzehnte hinweg war die deutsche Exportstärke unter dem Schutz einer Außenpolitik gewachsen, die friedlichen Interessenausgleich über militärische Einsatzbereitschaft gestellt hatte. Eben dies hatte dem vielfältig diskriminierten Verlierer des Zweiten Weltkriegs zu Anerkennung und neuem Einfluß in der Welt verholfen. Der „Krämer" (Kanzler Kohl) hatte dabei, keineswegs nur uneigennützig, prächtig verdient. Erst das Zwielicht mangelnder Bündnistreue (und Kosten in Höhe von über 14 Mrd. DM), die über die deutsche Politik angesichts der „Operation Desert Storm" im Januar 1991 hereinbrachen, lösten eine Diskussion über die globale Öffnung der deutschen Sicherheitspolitik aus.

Plötzlich stand das zivile Erbe der Handelsmacht zur Disposition. Bundeskanzler Kohl forderte am 30. Januar 1991 in einer Regierungserklärung die seither diskutierte „Klarstellung" des Grundgesetzes. Deutschland sollte fortan zu Militäreinsätzen jenseits des NATO-Schutzbereiches (out of area) berechtigt sein. In Entscheidungen des Bundessicherheitsrates vor und nach der „Wende" vom Oktober 1982 war festgelegt worden, daß das Grundgesetz Einsätze jenseits der Bündnisgrenzen (einschließlich der angrenzenden Randmeere) nur nach einer entsprechenden „Präzisierung" der Verfassung erlauben würde. Noch im Oktober 1987 konnte der damalige Regierungssprecher Friedhelm Ost deshalb erklären: „Das Operationsfeld unserer Streitkräfte ist durch das Grundgesetz und die herrschende Rechtsauffassung klar auf das NATO-Gebiet begrenzt."¹¹

1987 wurde daher die von den USA geforderte Entsendung deutscher Minenräumer in den Persischen Golf verweigert. Andere NATO-Staaten folgten dem amerikanischen Wunsch, und als Kompensation schloß die Bundesmarine die hierbei entstandenen Lücken in der Nordsee und im Mittelmeer. Bonn blieb bei seinem Selbstverständnis als Zivilmacht. Schon bei den

⁹ Zit. n. J. Fitchett, A. U. S. Shift Toward Bonn and Tokyo?, in: International Herald Tribune, 4. 2. 93.

¹⁰ Zit. n. FAZ, 1 2. 93.

¹¹ Zit. n. N. Riedel, Der Einsatz der Streitkräfte im Ausland — verteidigungs — und völkerrechtliche Schranken, Frankfurt a. M. 1989 (Diss/Würzbg.), S. 3.

ersten Planungen zu einem deutschen Verteidigungsbeitrag im Westen wollten verantwortliche Strategen und Politiker im Jahre 1950 verhindern, daß deutsche Soldaten in Aktionen der unter UNO-Mandat eingesetzten multilateralen Truppe in Korea einbezogen würden.¹² Erst seit Ende 1990 - Deutschland war vereint, die sowjetische Bedrohung verschwand, der Golfkrieg tobte - regte sich ein neues Selbstverständnis in der deutschen Politik.

Kreise der CDU/CSU vertraten plötzlich die Auffassung, schon jetzt ermögliche das Grundgesetz Einsätze jenseits des NATO-Schutzbereiches. Zunächst war dies ein offener Bruch mit der bisherigen Staatspraxis der Zurückhaltung in Fragen der militärischen Intervention. Implizit zeugte die Neuinterpretation von einem veränderten Staatsverständnis. Folge einer solch weiten Auslegung der Verfassung wäre es auch gewesen, daß die Bundesregierung beiderlei Einsätzen keiner ausdrücklichen Ermächtigung durch das Parlament bedürfte. Gegenüber der alten Beschränkung auf den durch das Parlament zu genehmigenden Fall der Landesverteidigung (Art. 87a, 115a GG) war dies ein radikaler Bruch. Mittlerweile vertritt die Union mehrheitlich diese Position.

Auch das dumme Wort vom „Krämer“ zeugt vom mangelnden Verständnis für das Erbe der Zivilmacht. Während die Welt seit Jahrhunderten immer häufiger und heftiger in Kriege verstrickt ist, haben sich demokratisch verfaßte Gesellschaften als Inseln des Friedens erwiesen. Untereinander führen sie keinen Krieg, Aggressionen nach außen gestalten sich für demokratisch gewählte Regierungen weit schwieriger als für autoritär verfaßte Staaten, unter anderem wegen des parlamentarischen Vorbehalts über den Einsatz der Streitkräfte. Das Militär untersteht einer öffentlichen Kontrolle. Nationale Befehlsführung wird staatenübergreifenden Bündnissen untergeordnet. Diese Grundsätze wurden am konsequentesten von den Zivilmächten Deutschland und Japan verwirklicht. Sobald das Erbe der Zivilmacht gegen die Restauration des Machtstaates eingetauscht wird, beginnt zugleich die Demontage einer überzeugenden Friedenspolitik.

Mit der FDP war dieser Schritt in eine andere Republik nicht zu vollziehen. Auch stritten die Koalitionspartner über die Reichweite von Aktionen „out of area“. Mit einer starken Strömung in der SPD wußten sich die Freidemokraten einig, daß eine Grundgesetzänderung nur Blauhelm-Missionen und Kampfeinsätze unter dem Mandat der UNO ermöglichen sollte. Auf Unions-seite wollte man die Kampfeinsätze nicht von einem Mandat der UNO abhängig sehen. Daß diese tiefe Meinungsverschiedenheit der Koalition nicht offen ausbrach, lag an der SPD. Umtost von den pazifistischen Wogen der Zeit nach dem Golfkrieg, beschloß der Bremer Parteitag der Sozialdemokraten im Mai 1991 eine Beschränkung der Grundgesetzänderung auf die Genehmigung von Blauhelm-Missionen.¹³ Fortan gab es keine verfassungsändernde Zweidrittel-Mehrheit im Bundestag. Der Konflikt war vertagt.

12 Vgl. G. van Orden, The Bundeswehr in transition, in: *Survival* 4/91, S. 354.

13 Vgl. M. Hennes, Hintergründe. Zur außenpolitischen Profilsuche der SPD, in: *GMH* 3/92, S. 166 f.

Der Wille zum Machtstaat

Wer in der UNO sitzt, dozierte der Kanzler im Mai 1992 auf der Kommandeurstagung der Bundeswehr in Leipzig, müsse auch an allen ihren Militäraktionen teilnehmen können. „Wir müssen zu den Rechten und Pflichten stehen, die wir mit unserem Beitritt auf uns genommen haben, wenn wir international voll handlungs- und gestaltungsfähig sein wollen.“¹⁴ Seit dem Petersberger Abkommen vom November 1949 durchzieht die Außenpolitik der Union wie ein langer Faden das Bemühen, die infolge des Zweiten Weltkriegs über die deutsche Politik verhängten Diskriminierungen durch abwechselndes Integrieren und Lavieren zwischen Ost und West, Europa und Amerika schrittweise rückgängig zu machen. Das Erbe der Zivilmacht stößt in dieser Traditionslinie auf wenig Gegenliebe, es zeigt sich gelegentlich ein Hang zum Selbsthaß.

Volle Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit übernahm Kanzler Kohl als Wegweisung. Dem Grundsatz folgten bald Taten, und zwar auf drei Aktionsebenen: *Erstens* wurden in der Ressortverantwortung von Innen- und Verteidigungsminister UNO-Einsätze in der Grauzone des Grundgesetzes befohlen. Hatte es bislang nur zwei Präzedenzfälle gegeben, so folgten in schneller Folge von den Flüchtlingscamps im Irak bis zu deutschen AWACS-Besatzungen über dem bosnischen Luftraum sieben weitere Einsätze in 20 Monaten. *Zweitens* produzierten die deutschen „Gaulisten“ eine Reihe von Papieren zur Vorbereitung einer europäischen Eingreiftruppe zur Verteidigung europäischer Interessen im Mittelmeerraum und im Nahen Osten. Amtlich wurde dies mit der vom französischen Präsidenten und dem deutschen Kanzler im Mai 1992 vereinbarten Aufstellung einer gemeinsamen 35 000-Mann-Truppe: Diese als „Eurokorps“ getarnte Interventionsarmee¹⁵ fand erwartungsgemäß keine weiteren Verbündeten, da es sich um einen Alleingang jenseits von NATO und EG handelte. Nach geharnischten Protesten seitens der NATO-Partner wurde die Unterstellung des deutsch-französischen Korps unter das Oberkommando des NATO-Oberbefehlshabers vereinbart. Das entsprechende Memorandum sieht ausdrücklich Kampfeinsätze unter UNO-Mandat vor. Obschon der europäische Charakter des Korps weitgehend verloren ist, kann so die Bonner Vorbereitung für Kriegseinsätze „out of area“ fortgesetzt und bündnis- sowie europapolitisch legitimiert werden.

Drittens wurde also auf der NATO-Ebene gearbeitet. Vorangetrieben vom Kanzleramt, mit Widerwillen verfolgt vom Auswärtigen Amt, vereinbarten die Verteidigungsminister der NATO im Mai 1991 die Aufstellung einer Schnellen Eingreiftruppe von 70 000 Mann bis 1995 (Rapid Reaction Force). Die Vorstellung außereuropäischer Einsätze ist dabei ein offenes Geheimnis.¹⁶ Die ersten

14 Zit. n. Süddeutsche Zeitung (SZ), 13. 5. 92.

15 Klartext bei I. Mitrofanoff, L'europa: mode d'emploi, in: Defense Nationale 12/92, S. 29-36.

16 Siehe etwa H. H. von Sandrart, NATO nach dem Kalten Krieg, in: Europäische Sicherheit 1/91, S. 19 f.

Einheiten stehen, und der Gesamtumfang für Mitte des Jahrzehnts ist auf 80 000 Mann erhöht worden.¹⁷

Im Juni 1992 schlossen sich die Außen- und Verteidigungsminister der Westeuropäischen Union (WEU), in der sich die europäischen NATO-Mitglieder finden, dieser Entwicklung an. Auch sie verabschiedeten im Grundsatz die Aufstellung einer Eingreiftruppe, wobei die Unterordnung der WEU unter die NATO fortgelten soll. Vorgesehen ist die Streitkraft unter anderem für „Kampfeinsätze zur Krisenbewältigung, einschließlich Maßnahmen zur Herbeiführung des Friedens.“¹⁸ Die WEU-Truppe soll in einer Art Brückenfunktion NATO und EG verbinden, indem sie französische Truppen in NATO-Aktionen einbeziehen bzw. die im NATO-Vertrag eigentlich nicht vorgesehene Kriegsführung des Bündnisses „out of area“ notfalls auf einer anderen Schiene rechtfertigen könnte. „Je nach Krisenfall könnte diese (Eingreiftruppe) als NATO- oder als WEU-Kontingent eingesetzt werden.“¹⁹ Daß es dabei einen Konsens für Aktionen außerhalb des NATO-Gebiets gibt, hat der britische Außenminister Douglas Hurd schon im Oktober 1991 ausgeplaudert.²⁰

Bei einer derart deutlichen Marschrichtung verwundert es nicht, daß die Hardthöhe unter dem neuen Generalinspekteur Klaus Naumann forsch ans Werk ging. In der Führungsakademie der Bundeswehr und im Generalstab entstanden Planungen, wonach ein eigenes Führungskommando der Bundeswehr für Einsätze „out of area“ eingerichtet werden sollte. Im Bündniseinsatz sollten deutsche Eingreiftruppen nationaler Befehlsführung unterstellt bleiben und dabei einen Gesamtumfang von bis zu „etwa 100 000 Soldaten“ erreichen.²¹ Diese spektakulären Planungen hat Verteidigungsminister Volker Rühle nach seinem Amtsantritt deutlich entschärft. Zur Zeit werden „Krisenreaktionskräfte“ von 50 000 Mann geplant. De facto ist die Bundeswehr auf Jahre hinaus auf nicht viel mehr als Blauhelmeinsätze und die Landesverteidigung vorbereitet. Ihre Beiträge zu Eingreiftruppen müssen sich zunächst auf den logistischen Bereich, die materielle Unterstützung, die See- und Luftsicherung beschränken.

Die Zivilmacht und der Krieg

Mitte Januar drängte die CDU/CSU-Fraktion ihren Kanzler zu einem neuen Anlauf. Anlaß war die Gefahr einer Verwicklung deutscher AWACS-Besatzungen in eine militärische Erzwingung des Flugverbots über Bosnien, das doch niemand lauter forderte als die Deutschen. Der eigentliche Hintergrund ist die mittelfristige Rollenverschiebung von der Zivilmacht zum traditionellen Machtstaat, der seinem wirtschaftlichen Gewicht in der UNO und auf

17 SZ, 16. 9.92.

18 Kommunique der Tagung der Außen- und Verteidigungsminister in Bonn, 19. 6. 92. Pt. II. 4. Dok. in: Bulletin 68/92, S. 652.

19 W. van Eekelen, Die Westeuropäische Union nach Maastricht, in: Europäische Sicherheit 3/92, S. 132 f.

20 BBC-Interviews vom 16. 10. 91 und vom 29. 10. 91. Dok. in: Fernseh- und Hörfunkspiegel Ausland 200/91, S. 3; 209/91, S. 19.

21 So „Der Spiegel“ 15/92, S. 18.

der europäischen Bühne außenpolitische Stärke folgen lassen will. Von der Problematik solchen Strebens war schon die Rede.

Nach der Verfassungsinitiative der Regierung vom Januar 1993 würde die Bundeswehr mit einfacher Mehrheit des Bundestages an Blauhelm- und Kampfeinsätzen unter dem Mandat des Weltsicherheitsrates teilnehmen können. Punkt drei der Initiative ergänzte dies um Kriegseinsätze „in Ausübung des Rechtes zur kollektiven Selbstverteidigung gemäß Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen gemeinsam mit anderen Staaten im Rahmen von Bündnissen und anderen regionalen Abmachungen, denen die Bundesrepublik Deutschland angehört“.²² Die FDP unter Führung von Außenminister Kinkel erteilte der Union damit eine Ermächtigung für praktisch unbeschränkte Interventionen mit NATO und WEIL Kinkel fühlte sich dabei so unwohl, daß er diesen Einsatz an eine Zweidrittel-Mehrheit im Bundestag knüpfen ließ und diese Einschränkung unentwegt betonte. De facto würde sie beim Einsatz der Eingreiftruppen von NATO und WEU für die deutsche Teilnahme jeweils eine eigene verfassungsändernde Mehrheit erfordern.

Die SPD, von ihren Parteitagern vor einer Reform der UNO nicht einmal zu Kampfeinsätzen im Auftrag des Sicherheitsrates ermächtigt, lehnte die Initiative erwartungsgemäß ab. Das deutsche Drängen auf militärische Sanktionen gegen Serbien (etwa die Erzwingung eines Flugverbots, gegen das seit einigen Monaten kaum noch Verstöße stattgefunden haben) enthält also militärisch einen hohlen Kern. Die Deutschen bleiben Zuschauer und verfügen daher über kein wirkliches Mitspracherecht. Die eigentliche Front der deutschen Politik verläuft heute noch in Bonn und auf der diplomatischen Ebene. Die Bundesregierung will die SPD und die deutsche Bevölkerung schrittweise vom ungeliebten Erbe der Zivilmacht lösen und dabei zugleich eine Entschuldigung gegenüber den militärisch engagierten Verbündeten in Paris, London und Washington in Händen halten. Niemand in Bonn möchte nämlich die wachsende Chance auf einen Ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat verspielen.

Die Notwendigkeit einer militärischen Drohpolitik gegen regionale Aggressoren tritt täglich klarer zu Tage. Eine sicherheitspolitische Öffnung Deutschlands wird unausweichlich. Dies gilt um so mehr, als die Union weiterhin vollendete Tatsachen schaffen wird, um auf diesem Wege von FDP und SPD Zugeständnisse zu erhalten und auswärts ohne Gesichtsverlust die Stimme erheben zu können. Der Antrittsbesuch von Außenminister Kinkel in Washington verlief im Februar 1993 bereits gedämpft. Vollmundige Drohungen gegenüber dem serbischen Aggressor waren rechtzeitig auf das realistische Maß zurückgefahren worden. Der Krieg auf dem Balkan hat ein Ausmaß erreicht, das keine Intervention erlaubt. Militärisches Eingreifen würde nur Öl ins Feuer gießen.

Der Westen hat auf dem Balkan zweifelsohne versagt, indem er viele Monate hindurch den Krieg in Kroatien und anschließend in Bosnien vor sich

²² Dok. in: FAZ, 14.1. 93.

hintreiben ließ. Dieses Versagen ist im übrigen Folge mangelnden Zusammenhalts weil es auf seiten der möglichen Ordnungsmächte unterschiedliche Interessen gibt. Die proserbischen Tendenzen in Moskau und Paris, die prokroatischen Tendenzen in Bonn gehören in diesen Zusammenhang. Inzwischen ist die Situation völlig außer Kontrolle geraten und das Blut auf allen Seiten gründlich vergiftet. Mehr als humanitäre Hilfe unter dem Schutz der Blauhelme und das Sondieren einer diplomatischen Lösung durch die Unterhändler Cyrus Vance (UNO), Lord Owen (EG) und Reginald Bartholomew (USA) kann nicht gelingen. Der einzige Ausweg ist ein langsames Befrieden und Ersticken dieses chaotischen Konflikts, indem die Interessen aller Seiten unter dem Druck des kriegerischen Elends und seiner offenkundigen Sinnlosigkeit langsam austariert werden. Ein militärisches und wirtschaftliches Isolieren der Serben von außen mag als Sanktionsmittel zum diplomatischen Erfolg beitragen.

Empfehlungen

Nach dem Ende des Kalten Kriegs ist also die Entwicklung einer globalen Sicherheitspolitik jenseits der alten Blockbildung und ihrer Abschreckungslogik möglich und notwendig geworden. Eingreiftruppen sind hierbei nur das Mittel des letzten Rückgriffs, wenn nicht die Politik der verbrannten Erde beabsichtigt ist. Das eigentliche Instrument müßten Blauhelmeinsätze unter deutlich angedrohter Eskalationsbereitschaft sein. Heute hat die UNO schon in 13 Operationen 53 000 Blauhelme weltweit im Einsatz. In den vergangenen vier Jahren wurden mehr Blauhelm-Missionen unternommen als zusammen gerechnet in all den Jahren seit 1945 zuvor. Finanziell, bürokratisch und politisch ist die UNO auf diese Aufgabenfülle nicht vorbereitet gewesen. Auch das ist eine Erklärung ihres Versagens auf dem Balkan. Sie handelte zu spät, nicht entschlossen genug und ohne die nötige Autorität.

Ein rationales Programm für die deutsche Außenpolitik müßte mit dem Ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat eine Initiative für den Ausbau der Blauhelm-Missionen hin zu einem glaubwürdigen militärischen Instrument verbinden. Der Weltsicherheitsrat würde über einen direkten Zugriff auf speziell trainierte und ausgerüstete Eingreiftruppen primär der NATO, ergänzt durch kleinere Kontingente der Nachbarstaaten des Konfliktgebiets, verfügen. Dies würde nicht für blindwütige Interventionen, sondern müßte zur Unterstützung von diplomatischen Lösungen geschehen. Frühzeitig nach Konfliktausbruch hätte eine Initiative des Weltsicherheitsrates zu erfolgen, unter dem Druck einer glaubwürdigen Eskalationsbereitschaft Friedenstruppen zu stationieren und einen Waffenstillstand zu vermitteln. Entscheidend ist die Möglichkeit zu einer schnellen und massiven Verstärkung der Friedenstruppen, z. B. über Flugzeugträger. Der relative Erfolg Washingtons in Somalia weist den richtigen Weg.

Bei einer solchen Weltpolitik der UNO könnten die Krisenreaktionskräfte der Bundeswehr eine sinnvolle Rolle spielen, die dem Erbe der Zivilmacht ent-

spricht. Eine Trennung zwischen „Peace-Keeping“ und „Friedensschaffung“ wäre dann völlig künstlich und die Kompromißfähigkeit der SPD für eine Änderung des Grundgesetzes gesichert. „Friedensschaffung“, sprich: Kampfeinsatz, kann und muß notfalls aus dem Peace-Keeping der Blauhelme als Mittel des letzten Rückgriffs hervorgehen. Ständige Übung und feste Arrangements würden dieser globalen Sicherheitspolitik das nötige Geschick und die friedensstiftende Autorität sichern. Rüstungswettlauf, Blockspaltung, Gefahr der nuklearen Eskalation - von den Fehlern der Abschreckungsära, 201 denen auch das Vergessen um die regionalen Konflikte zählte, wäre eine solche Welt-politik meilenweit entfernt. Nostalgie ist fehl am Platz.